

sein politisches Umfeld scheinen für diese Entwicklungen keinerlei Sensorium entwickelt zu haben.

So hinterlässt er seinem Nachfolger eine in den Meinungsumfragen abgehängte Partei, die personell und organisatorisch ausgeblutet, beinahe bankrott und weitgehend kampagnenunfähig ist. Das Land ist politikverdrossen und zynisch. Zudem werden die Fehler der Politik Blairs im Nahen und Mittleren Osten die Regierung noch auf Jahre außen- und innenpolitisch belasten. Das letzte Mal, so der Meinungsforscher Frank Luntz im GUARDIAN, habe er im Mai 1997, vor dem ersten Wahlsieg LABOURS, in ähnlicher Form »Unzufriedenheit, Frustration und offene Feindseligkeit gegenüber politischen Führungsfiguren« festgestellt.

Gordon Browns größte Herausforderung wird es zunächst einmal sein, überhaupt wieder Vertrauen in die Institutionen, das Personal und Funktionsmechanismen von Regierung und LABOUR PARTY herzustellen. Danach wird er sich schnellstens daran machen müssen, die überzogen negative Beurteilung der Regierungsbilanz LABOURS zu revidieren. Damit dies gelingen kann, hat der Wahlforscher Luntz noch einen Ratschlag für ihn bereit: »When it comes to mention Tony B., be afraid. Be very afraid.«



Ernst Hillebrand (*1959)
ist Leiter des Londoner Büros
der Friedrich-Ebert-Stiftung.
ernst.hillebrand@feslondon.org.uk

Rudolf Walther

Normalisierung nicht möglich

Vor vierzig Jahren: Der zweite Juni

Woran erkennt man einen ehernen Alt-68er? Daran, dass er noch immer die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg durch eine Polizeikugel für einen Mordanschlag hält. Die Juristen schufen damals das legitimatorische Unikum von der »Putativnotwehr«. Der 2. Juni 1967 wird seither als magisches Gründungsdatum der Studentenrevolte begangen. Noch heute würden außerparlamentarische Oppositionelle »gejagt« – zumindest ideologisch – meint der Autor aus Anlass des 40. Jahrestags.

In diesen Tagen jährt sich zum vierzigsten Mal ein magisches Datum für die Protestbewegung, die unter der Chiffre »68« läuft, obwohl alles ein Jahr davor begann. Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg von einem Berliner Polizisten »von hinten erschossen«, wie der ZEIT-Reporter Jürgen Zimmer damals berichtete. Die Polizei heizte die Stimmung an, indem sie noch am gleichen Abend per Lautsprecher die Falschmeldung verkündete, ein Polizist sei erstochen worden. Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz erklärte am

Tag danach, »wir lassen uns nicht länger terrorisieren«, und verhängte ein Demonstrationsverbot. Der CDU-Landesvorstand äußerte sich ähnlich: »Berlin wird sich nicht länger von einigen hundert radikalen Müßiggängern terrorisieren lassen.«

Die Berliner Polizeigewerkschaft schließlich verlangte von der politischen Führung zum Schutz der uniformierten Prügelkohorte, »vom Kurs der weichen Welle bei der Behandlung solcher Kriminellen endlich abzugehen«. In Bonn regierte die Große Koalition, die Notstandsgesetze

waren in der parlamentarischen Beratung, der korrupte Autokrat Mohammed Reza, Schah von Persien, besuchte Berlin, und die USA intensivierten ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam. Die SPRINGER-Presse hetzte sosehr, dass selbst ihr Kolumnist Peter Boenisch am 17. Juli 1997 in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG einräumte: »Bei manchen Zeilen würde mir heute übel werden, wenn ich sie lesen müsste.«

Von einem magischen Datum zu sprechen, ist deshalb berechtigt, weil in der Auseinandersetzung mit »68« seit nunmehr vierzig Jahren immer wieder die gleichen *Topoi* herbeizitiert werden, mit denen historische Tatsachen auf den Kopf gestellt, Stimmungslagen und Kräfteverhältnisse völlig verzerrt und abstrus herbeifantasierte 68er-Folgen beschworen werden. Hans Magnus Enzensberger stellte damals lapidar fest: »Die Jagd auf die Außerparlamentarische Opposition hat begonnen.« Und das gilt bis heute – nicht im wörtlichen Sinne, denn die Studentenrevolte ist längst Geschichte, aber in einem ideologischen: Nach wie vor wird das, was damals am politischen Horizont als Emanzipation, Selbstbestimmung und Freiheit irrlichterte, vehement und mit skurrilen bis niederträchtigen Bezeichnungen und Zurechnungen bekämpft. Das geschieht im Namen einer »Normalisierung«, die den Stempel ihrer Herkunft auf der Stirn trägt.

Mit Cicero, einem der abgründigsten Apologeten der Staatsräson, wurden Gymnasiasten während Generationen zu staatsfrommen Gesinnungsathleten abgerichtet. Cicero formulierte auch den Wunschtraum aller Staatsschützer und die Rechtfertigung für staatlich organisierten Terror: »Stünde doch jedem auf die Stirn geschrieben, was er über den Staat denkt!« Wer all die Herolds, Schilys, Becksteins & Co verstehen will, muss nur Cicero lesen.

»APO« und später »68« sind im Bewusstsein vieler Liberaler und Konservativer bis heute eine Art Teufelszeug geblieben, das permanent bekämpft werden muss,

um entweder sprichwörtlich »den Anfängen zu wehren« oder die Schuld an heutigen Zuständen endgültig auf des Teufels General »68« abzuschieben.

Die Teufelsaustreibung wie das Abschiebeverfahren nehmen zuweilen groteske Züge an. Der Filmemacher Jürgen Miermeister schrieb vor einigen Jahren: »Die Antiautoritären waren autoritär, totalitär, gläubige Kinder einer Wahrheit, einer Philosophie, Kinder von Hitler und Marx, extreme Ausgeburten idealistischer Philosophie. Adolf Hitler, der faschistischtitanische Rebell, kam an die Macht. Karl Marx, der totalitär-titanische Rebell, kam in Gestalt von Lenin und Stalin, Pol Pot und Castro an die Macht. Die Söhne und Töchter dieser Titanen, die Rebellen von 68, kamen nicht an die Macht. Gott sei Dank!« (NZZ 23.5.1998). Das ist zugegebenermaßen eine besonders rustikale und einfältige Variante von Teufelsaustreibung.

Kurzschluss: APO = RAF

Aber auch in ihren subtileren Varianten dienen solche Zuschreibungen durch allerlei Analogien und Vergleiche immer nur dem einen Zweck. Die ganze Protestbewegung der 60er Jahre soll auf ihren unbestreitbar vorhandenen, aber eher marginalen Gewaltcharakter reduziert werden. In den jüngsten Debatten über die Freilassung bzw. Begnadigung der letzten RAF-Häftlinge bildete dieser Kurzschluss von der APO auf die RAF *das* Grundmotiv. Dieser Kurzschluss verdeckt jedoch nur die zentrale Rolle von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz bei der Beschleunigung der Gewaltspirale und dient im Übrigen der retrospektiven Begründung von Lebensläufen jener, die genau dort ankamen, wo sie nie ankommen wollten.

»Das nackte Verbrechen« der RAF und alles, buchstäblich alles, was mit manifestem und nicht nur mit symbolischer Gewalt zu tun hatte, wurde nicht, wie der Ex-Maoist Klaus Kreimeier jüngst meinte (TAZ, 24.3.2007), in »der Mitte« der Protestbe-

wegung »ausgebrütet«, sondern an ihren klandestin agierenden, zum Teil von Geheimdiensten beider deutscher Staaten unterwanderten Rändern. Wer sich auf diesen Trip einließ, galt schon 1968 als politisch unzurechnungsfähig, wie man in Texten von Oskar Negt, Klaus Meschkat, Klaus Vack, Andreas Buro, Ursula Schmiederer, Elmar Altvater, Bodo von Greiff, Ekkehart Krippendorff u.a. nachlesen kann.

Die Frankfurter »Putztruppe« um Joschka Fischer, die auf direkte Gewalt gegen Polizisten aus war, bildete nicht *den* »Revolutionären Kampf« oder *die* »Frankfurter Szene«, sondern innerhalb dieser sehr locker organisierten Gruppen ein kleines, gut abgeschirmtes Team. Dieses trat mit Turnschuhen und Motorradhelmen auf, woran »man« – also der »gewöhnliche« Sponti und Demonstrant – die »eigenen« Militanten zwar erkannte, aber keinesfalls im Detail darüber Bescheid wusste, was die »Lederjacken« vorhatten. Viele zogen es vor, beim Auftauchen der »Putztruppe« auf Distanz zu gehen, denn

wo die sich aufhielten, waren Polizeiknüppel und Wasserwerfer in der Regel nicht weit weg. 98 Prozent der Demonstranten hatten ein politisches Motiv zu demonstrieren, der Rest organisierte selbstständig den »Putz« – für die Medien und ihr eigenes Selbstbewusstsein. Mit dem »Schwarzen Block« und den »Autonomen« in den 80er Jahren verhielt es sich genauso, aber niemand käme auf die Idee, die Verantwortung für deren Aktionen den Umweltschutzinitiativen, Kernkraftgegnern oder der Frauenbewegung anzulasten.

Etwas Anderes als die Gewalttat ist der rhetorische Solidarisierungszwang mit der Gewalt am Tag danach. Die damals übliche Devise, »wir distanzieren uns von nichts und niemandem«, bewirkte durchaus eine gewisse Bigotterie unter vielen Linken. Man trat nicht offen gegen Taten und »Aktionen« auf, die man selbst nie begangen hätte und die man für politisch falsch hielt. Niemand hat diesen Solidarisierungszwang schamloser für eigene Ziele und Interessen instrumentalisiert

oft mit Erfolg als die von Berufsverboten betroffenen Maoisten und DKP-Mitglieder. Die RAF versuchte dies nach 1977 auch – u.a. mit »Isolationsfolter« und Hungerstreik-Kampagnen. Die RAF hatte aber mit diesem Solidarisierungszwang bei denen, die 1968 dabei waren, viel weniger Erfolg als unter einer kleinen Zahl jüngerer Studenten. Diese hatte der Verfassungsschutz als »Sympathisanten«, »Unterstützer«, »Umfeld« oder »Umfeld des Umfelds einer kriminellen Vereinigung« zu jeder Zeit unter Kontrolle. Er trieb zum Beispiel Johannes Thimme buchstäblich in die Spirale sich laufend selbst überbietender Radikalisierungen.

Unnachsichtig blieben Konservative der Protestbewegung gegenüber, weil diese Nation, Nationalismus und nationale Folklore ablehnten und auch deren späte Derivate unter dem Label »Leitkultur« der Lächerlichkeit preisgeben. Berthold Kohler, einer der Herausgeber der F.A.Z., präsentierte am 6. April 2006 zum x-ten Mal eine ganz alte Rechnung unter dem nicht gerade frischen Titel *Die Erblast von Achtundsechzig*: »Besonders für die aus der Studentenbewegung hervorgegangene Linke gehört der Import fremder Kulturen zum Entnationalisierungsprogramm, mit dem das Deutschsein der Deutschen möglichst stark verdünnt werden sollte.« Aha – nicht Wirtschaft und Regierung – VW, OPEL, BMW und Erhard – haben die Italiener und Türken geholt, sondern die linken Studenten mit ihrem ominösen »Entnationalisierungsprogramm«. Die Konservativen waren intellektuell auch schon mal besser drauf und weniger konfus ohnehin.

Sie wollen sich nicht damit abfinden, dass Nationen und vermeintlich nationale Identitäten keine quasi-natürlichen oder zeitlos existierenden Gegebenheiten sind. Die radikale Kritik an dynastischen Herkunftslegenden, ethnischen Abstammungsgeschichten, kollektiven Mythen und anderem national grundiertem Geklingel tönt bis heute schrill in ihren Oh-

ren. Aus dem Reservoir der Protestbewegung stammt das argumentative Instrumentarium, um die durch das Grundgesetz nicht gedeckten Ausschließungsparolen als im Halbdunkel befangenes Denken zu demontieren: Landesüblich sind bei der Begründung von deutschen Exklusivitätsansprüchen Stammtischparolen – nationalistisch (»Leitkultur«), religiös (»christlich-jüdisch-abendländisch-europäisch«) oder ethnisch-kulturell (»Kopftuch«, »Integrationsbereitschaft«) orchestriert.

Groteske Züge nimmt die Kritik an der 68er »Erblast« im Bereich der Bildung an. Im Schlüsseljahr 1977 sinnierte der Lehrer Martin Rock öffentlich darüber, dass »möglicherweise bereits die gezielte Leistungsverweigerung eines Schülers einen terroristischen Einschlag« habe und empfahl deshalb, »sämtliche Quellen anarchischen Denkens und anarchischen Sinns zum Versiegen« zu bringen. Das Niveau bleibt nach unten offen, wenn es um die katastrophale Bildungsmisere geht.

Im Kampf gegen 68er-Lehrer und gegen 68er-Eltern und für das dreigliedrige Schulsystem oder die »bewährte« Rechtschreibung ist dem Neokonservatismus nichts zu platt: »Wenn Eltern ihren Säuglingen die Anstrengung des Saugens dadurch erleichtern, dass sie die Öffnung der Babyflasche vergrößern, legen sie den ersten Grundstein für mangelnde Leistungsbereitschaft. Denn der Säugling wird sich einprägen, dass es auch möglich ist, ohne Anstrengung zum Ziel zu kommen« (*Heike Schmoll*, F.A.Z., 6.11.2002). Und wenn es der Säugling doch vergessen sollte, hilft der 68er-Lehrer nach: »Nach 1968 versuchten die progressiven Geister in Deutschland möglichst alles zu schleifen, was ihnen irgendwie als Herrschaftssystem vorkommen wollte. Auch die unselige Rechtschreibreform geht auf dieses Motiv zurück. Autorität an sich ist damals als ein (deutsches) Erzproblem identifiziert worden, wie überhaupt alles problematisiert wurde, als die ›Achtund-

sechziger: als Lehrer an die Schulen kamen« (*Berthold Kohler*, F.A.Z., 6.4.2006). Die ultimative Pirouette drehte der rechte Sozialwissenschaftler Klaus Schröder, der die 68er als Opfer ihrer selbst versteht: »An den negativen Folgen von '68 leiden noch heutzutage nicht zuletzt die Sympathisanten selbst: als Lehrer, Sozialarbeiter etc.«. Echt teuflisch.

Ein Kapitel für sich sind jene 68er, die längst in die warmen Stuben des *juste Milieu* und des gemüthlichen Konformismus zurückgekehrt sind. Sie denunzieren jetzt Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina als »Antisemitismus«, sie verdammen Kritik an kapitalistischen Strukturen als Vorstufe zum Terrorismus, sie halten Muslime für potenzielle Mörder, und sie sehen im Protest gegen völkerrechtswidrige Kriege den »Antiamerikanismus« am Werk. Diese Helden sind ihrem primitiven, an Carl Schmitt orientierten *Freund-Feind*-Schematismus treu geblieben, sie haben nur die Vorzeichen ausgetauscht – was sie früher kritisch sahen, affirmieren sie heute – umgekehrt umgekehrt.

Wenn man fragt, was die Protestbewegung erreicht hat, kann man getrost antworten: sehr wenig. Aber sie hat ein »Geschichtszeichen« gesetzt, und das – so Kant – verliert sich nicht, weil es intellektuelle Haltungen tief geprägt hat. Im Falle der Protestbewegung heißt dieses Zeichen: »radikal denken, nicht mitdenken« und das meint, fragen, ob nicht Vieles auch anders sein bzw. werden könnte. Das verbindet radikales Denken mit dem ebenfalls selten gewordenen, wirklich konservativen Denken, für das Vieles anders werden muss, damit es zügig rückwärts gehen kann. Aber da wollen »wir« von der ehemaligen Protestbewegung schon mal *contra* geben, wenn auch mit der Aussicht, einmal mehr zu verlieren, was immer noch besser ist, als mit zu denken und mit zu schwimmen.



Rudolf Walther
lebt als freier Publizist in
Frankfurt a.M.

Peter Brandt

»Empor zum Licht!«

Zum 125jährigen Bestehen des Verlags J.H.W. Dietz

Was wäre Heinrich Dietz ohne das piktografische Schriftsystem der Sumerer? Der Autor nimmt das Jubiläumsdatum zum Anlass, die wichtigsten Entwicklungsphasen der Schriftkultur noch einmal Revue passieren zu lassen. Erst mit der Erfindung des Buchdrucks Mitte des 15. Jahrhunderts konnten Texte in großer Menge vervielfältigt werden. Das Lesen-Können und Lesen-Wollen dehnte sich langsam aus. Es dauerte aber mit der Literalisierung der breiten Volksschichten bis weit ins 19. Jahrhundert. Dann kam Heinrich Dietz.

Der badische Staatsminister von Bodman sprach 1910 in der Ersten Kammer des Großherzogtums von der Sozialdemokratie als einer »großartigen Arbeiterbewe-

gung zur Befreiung des vierten Standes«, ein im wilhelminischen Deutschland vermutlich einmaliger Vorgang. Die SPD war damals mit den badischen Nationallibe-